

Liebling der Inves

Äthiopien vergibt riesige Landflächen an Agrarinvestoren. Der Export von Nahrungsmitteln aus einem der ärmsten Länder der Welt verspricht Millionengewinne. Von Philipp Hedemann (Text und Fotos)



Agrarinvestor. Mit riesigen Traktoren wird auf der gigantischen Farm »Karuturi« das unberührte Buschland urbar gemacht.

Nur Reds Kopf lugt aus dem Grün hervor. Seit dem frühen Morgen kniet der Junge bei knapp 40 Grad inmitten eines Zuckerrohrfeldes und jätet Unkraut. Ein Inder mit einem großen Sonnenhut steht neben ihm und passt auf, dass er nichts übersieht. Red ist acht Jahre alt. Umgerechnet 83 Cent verdient er, wenn er einen Tag lang auf dem Feld im Westen Äthiopiens schuftet. Seine Arbeitskraft ist billiger als Pflanzenschutzmittel. Der indische Farmpächter will bald Millionen verdienen, indem er Lebensmittel exportiert, die im Hungerland Äthiopien mithilfe von Kinderarbeit produziert wurden. In einem der ärmsten Länder der Welt hat das sogenannte Landgrabbing, der Wettlauf um riesige landwirtschaftliche Produktionsflächen, begonnen. Die sozialen und ökologischen Risiken und Chancen sind noch nicht absehbar.

»Noch ist hier überall Wildnis, aber bald wird hier alles ordentlich aussehen, und wir werden unter anderem Zuckerrohr und Ölpalmen anbauen«, sagt Karmjeet Singh Sekhon, als er

sich in einem Toyota-Pick-up über seine Farm kutschieren lässt. Rechts und links der Piste brennt das bislang unberührte Buschland. Wo die gelegten Feuer zu schwach waren, helfen Bulldozer nach. Der 68-jährige Inder ist Manager der gigantischen Farm »Karuturi«, die sich auf einer Fläche von zunächst 100.000 Hektar im Westen Äthiopiens erstreckt. Bald sollen es 300.000 Hektar sein – eine Fläche größer als Luxemburg.

Beschleunigt durch den Anstieg und die Schwankungen der Lebensmittelpreise auf dem Weltmarkt und Hungerrevolten in 15 Ländern begann 2008 ein beispielloser Run auf landwirtschaftliche Produktionsflächen in Afrika, Südamerika und Asien. Ein Weltbank-Bericht vom September 2010 kommt zu dem Ergebnis, dass allein im Jahr 2009 weltweit 45 Millionen Hektar Land verpachtet wurden. Zwischen 1998 und 2008 waren es »nur« rund vier Millionen Hektar pro Jahr. Und der Hunger nach Land ist noch nicht gestillt. Die Weltbank geht davon aus, dass – konservativ geschätzt – in den Entwicklungsländern

tmementfirmen



Kleinbauer. Landwirt Ojwato mit seinem Grabstock, seinem Universalwerkzeug, auf seinem knapp einen Hektar großen Acker.

bis zum Jahr 2030 jedes Jahr weitere sechs Millionen Hektar Farmland an Investoren verpachtet werden.

Vor allem Länder wie Indien und die Golfstaaten wollen so den Hunger ihrer wachsenden Bevölkerung stillen oder einfach Ernten erzielen, um damit auf dem Weltmarkt zu handeln. Mais, Reis, Weizen, Soja, Sorghum, Sesam, Zuckerrohr und Ölpflanzen für die Biospritproduktion stehen bei den Investoren besonders hoch im Kurs. Die Weltbank sieht darin Gefahr und Chance zugleich. »Die Landakquisitionen bergen ein großes Risiko. Der Schleier der Geheimhaltung, der auf diesen Land-Deals liegt, muss gelüftet werden, damit die armen Leute nicht den Preis zahlen und ihr Land verlieren«, sagt Weltbank-Direktorin Ngozi Okonjo-Iweala.

Bei einer Hungerkatastrophe starben vor 28 Jahren in Äthiopien mehr als eine Million Menschen. Der Großteil der Nahrungsmittelhilfe, die in dem immer wieder von Dürren betroffenen Land am Horn von Afrika verteilt wird, wird aus dem Aus-

land importiert. Kein Problem, findet Farm-Manager Sekhon.

»Ein Teil unserer Produktion bleibt in Äthiopien und mit dem Export kommen harte Devisen ins Land, mit denen Äthiopien auf dem Weltmarkt einkaufen kann«, sagt der Inder. Ein Gesetz, das besagt, dass ein gewisser Prozentsatz im Land bleiben muss, gibt es nicht, und Karuturi-Marketing- und Logistik-Chef Birinder Singh macht keinen Hehl daraus, dass seine Firma rein wirtschaftliche Ziele verfolgt und an den verkaufen wird, der am meisten zahlt. Egal wohin.

In Äthiopien leben rund 85 Prozent der rund 90 Millionen Einwohner von der Landwirtschaft, doch die Erträge gehören zu den geringsten weltweit. Meist werden die kargen Felder wie vor Hunderten von Jahren mit einem vom Ochsen gezogenen Holzpflug bestellt. Dünger, Pflanzenschutzmittel und Bewässerung gibt es überwiegend nicht. Die äthiopische Regierung erhofft sich von der Verpachtung riesiger Flächen an ausländische Investoren den so dringend benötigten Modernisierungsschub für



Billige Arbeitskräfte. Red Paul (8) jätet mit anderen Kindern Unkraut.



Zufriedener Manager. Karmjeet Singh Sekhon.

ÄTHIOPIEN

Äthiopien ist das ideale Ziel für Landgrabber: Da die Staatskassen des ostafrikanischen Landes chronisch klamm sind, haben finanzstarke Investoren leichtes Spiel. Es gibt keinen privaten Grundbesitz, alles Land – insgesamt 111,5 Millionen Hektar – gehört dem Staat. 3,6 Millionen Hektar v.a. im Westen des Landes hat die Regierung jetzt für Investoren zur Verfügung gestellt, rund ein Zehntel davon ist bereits verpachtet. Umgerechnet 4,62 bis 166,55 Euro zahlen die Investoren pro Hektar und Jahr. Die Verträge haben Laufzeiten von 20 bis 45 Jahren. Dazu gewährt der Staat Steuerbefreiungen, zollfreien Export von Ernten und zollfreien Import von Maschinen. Kritik an der Verpachtungspraxis ist in Äthiopien unerwünscht. In dem Land, das im Pressefreiheitsranking von »Reporter ohne Grenzen« auf Platz 137 landet, werden oppositionelle Journalisten und Regierungskritiker regelmäßig verhaftet.

die Landwirtschaft und beruft sich dabei unter anderem auf die Welternährungsorganisation (FAO). Laut FAO muss die Nahrungsmittelproduktion zwischen 2010 und 2050 um 70 Prozent erhöht werden, um den weltweiten Hunger bei steigender Bevölkerung und gleichzeitig abnehmender landwirtschaftlicher Fläche stillen zu können.

Kritiker werfen der äthiopischen Regierung den Ausverkauf des Landes vor. Doch der im vergangenen Jahr verstorbene Premierminister Meles Zenawi wollte die Kritik nie gelten lassen. Wer ausländische Konzerne des Landgrabblings bezichtigt, sei schlecht informiert oder hege böse Absichten, meinte der Politiker. »Wir möchten nicht die jungfräuliche Schönheit unseres Landes bewundern, während wir verhungern«, sagte der für seine scharfzüngigen Kommentare bekannte Regierungschef.

Kein Wunder, dass die äthiopische Regierung zum Liebling der internationalen Agro-Investmentfirmen avanciert ist. »Es gibt jede Menge gutes Land, genug Wasser, billige Arbeitskräfte und eine stabile Regierung, die für Law and Order sorgt«, sagt Birinder Singh von Karuturi. In unmittelbarer Nachbarschaft der Karuturi-Farm will der äthiopisch-saudische Scheich Mohammed Hussein Ali Al Amoudi, einer der reichsten Männer der Welt, auf der Farm seiner Firma Saudi Star bald bis zu einer Million Tonnen Reis pro Jahr anbauen. Offensichtlich größtenteils für den Export, denn Reis steht bislang kaum auf dem äthiopischen Speiseplan.

Laut Esayas Kebede, Chef der staatlichen Agentur, die für die Verpachtung der landwirtschaftlichen Flächen zuständig ist, profitiert Äthiopien vielfach. »Durch den Export der Lebensmittel kommen dringend benötigte Devisen ins Land. Die Farmen sorgen für Beschäftigung. Technik und Know-how werden importiert, sie helfen uns, die Produktivität zu verbessern und so die Ernährungssicherung zu erhöhen«, sagt Kebede.

Doch helfen die großen Farmen tatsächlich, die Armut zu bekämpfen? Philipp Baumgartner promoviert derzeit genau zu dieser Frage am renommierten Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) in Bonn. Die Daten für seine Studie sammelte er unter anderem auf einer 10.000 Hektar großen saudischen Reisfarm in der Region Gambella. Er sieht Vor- und Nachteile: »Die Investmentaktivitäten in Gambella haben bereits in den ersten zwei Jahren die Löhne steigen lassen und viele neue Jobs geschaffen. Analysen zeigen zwar, dass es mittelfristig zu wirtschaftlichem Aufschwung in der Region kommen wird, eine kombinierte Strategie mit mehr Investitionen in Kleinproduzenten würde allerdings noch mehr Jobs schaffen und einen höheren Lebensstandard ermöglichen«, sagt der Agrarökonom.

Nicht alle wollen den vermeintlichen Fortschritt. Bauer Ojwato steht auf seinem knapp einen Hektar großen Feld. Eine knappe Minute braucht der Dorfvorsteher, um sein Feld, das er nur mit einem Grabstock bestellt, abzulaufen. Mehrere Stunden braucht Farmmanager Sekhon, um mit seinem Geländewagen die Farm, die er mit Bulldozern und 450-PS-Traktoren urbar macht, abzufahren. Ojwato macht es wütend, dass die neben seinem Feld angebauten Lebensmittel exportiert werden sollen, während er und seine Familie regelmäßig auf Hilfslieferungen angewiesen sind.

»Als die Ausländer mit ihren großen Maschinen kamen, haben sie uns versprochen, dass sie uns Strom, Wasser und Krankenhäuser bringen. Davon ist bislang nichts zu sehen. Sie haben nur ein paar von uns schlechtbezahlte Arbeit gegeben«, sagt der Bauer. »Wir zahlen immer den nationalen Mindestlohn«, sagt Birinder Singh stolz, und Esayas Kebede von der äthiopischen

Regierung sagt lapidar, dass niemand gezwungen werde, bei den Indern zu arbeiten. Dennoch schufteten viele Kinder auf den Feldern. »Die spielen doch nur im Gras«, sagt Esayas Kebede, als er mit den Fotos der arbeitenden Kinder konfrontiert wird.

Auch wenn seine Familie das kärgliche Einkommen gut gebrauchen könnte, hat Bauer Ojwato seinen Kindern verboten, bei den Indern zu arbeiten. Sie sollen später Lehrer, Ärzte oder Ingenieure werden, doch dazu müssen sie zur Schule gehen, anstatt auf den Feldern zu schufteten. Nicht alle sind so weitsichtig wie Bauer Ojwato. »Manchmal kommen nur fünf von sechzig Schülern zum Unterricht. Die anderen arbeiten auf den Feldern«, sagt Tigaba Tekle. Er ist stellvertretender Leiter einer Schule, die unmittelbar an die Karuturi-Farm grenzt.

Offiziell werden für die Großfarmen bislang ungenutzte Flächen bebaut, doch Menschenrechtsgruppen befürchten, dass es zu Zwangsumsiedlungen kommt. Ein heikles Thema, das Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) bei einem Äthiopienbesuch ansprach. »Premierminister Meles Zenawi versicherte uns, dass es keine Zwangsumsiedlungen geben werde. Sollten wir davon Kenntnis erhalten, sollten wir uns persönlich bei ihm melden. Das haben wir uns gut gemerkt«, sagte der Minister nach einem Treffen mit Meles Zenawi.

Fakt ist: In Westäthiopien findet derzeit ein staatliches Umsiedlungsprogramm statt. Auch wenn kein expliziter Zusammenhang zwischen den Großfarmen und den Umsiedlungen besteht, vermuten die Betroffenen genau das. Laut Regierung finden alle Umsiedlungen freiwillig statt und dienen lediglich dazu, der Bevölkerung einen besseren Zugang zu Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen zu gewähren. Die Realität sieht anders aus.

Mit ihren drei Kindern kauert Bäuerin Turu Omod vor dem, was von ihrem Speicherhaus und ihrer Maisernte übriggeblieben ist. »Die Regierung hat uns immer wieder gesagt, wir sollen

in ein neues Dorf ziehen, aber wir wollten hier bleiben«, sagt die Frau. Kurz darauf brannten am helllichten Tag mehrere Hütten der kleinen Siedlung nieder. Eine Frau wurde schwer verletzt. Die Bewohner vermuten, dass die Regierung mit dem Feuer dem »freiwilligen« Umsiedlungsprogramm Nachdruck verleihen wollte, um so unbesiedeltes Land für ausländische Investoren zu schaffen. Die Regierung bestreitet dies, hinderte den Autor jedoch an seinen Recherchen in den Umsiedlungsgebieten und wollte ihm einen offiziellen Begleiter zur Seite stellen. Begründung: »Wir wollen nicht, dass Sie politisch unerwünschte Informationen sammeln.«

Nicht nur Menschenrechtler, auch Umweltschützer haben ein Problem mit den neuen Großfarmen. Vor 40 Jahren waren noch 40 Prozent Äthiopiens mit Wald bedeckt, heute sind es weniger als drei Prozent – und in Gambella brennt der Busch. »Es wurde keine Umweltverträglichkeitsstudie gemacht. Die ökologischen Folgen von Brandrodung und intensiver Bewässerung sind überhaupt nicht abzusehen«, sagt Girma Gumata, Mitarbeiter des unmittelbar an die Karuturi-Farm angrenzenden Nationalparks. Laut äthiopischer Regierung gab es Umweltverträglichkeitsstudien, ökonomische und ökologische Interessen stünden in keinem Konflikt.

Farm-Manager Sekhon, der sich lieber Bauer als Investor nennt, macht keinen Hehl daraus, dass ihm die Antilopen ziemlich egal sind. Für ihn muss es mit der Farm vorangehen. Und dafür müssen der kleine Red und seine Freunde weiter Unkraut zupfen.

Der Autor ist Journalist in Addis Abeba und berichtet als Mitglied des Netzwerks weltreporter.net u.a. für die »NZZ« und »Die Zeit«.

Diesen Artikel können Sie sich in unserer iPad-App vorlesen lassen: www.amnesty.de/app



Verweigerten sich der Umsiedlung. Bäuerin Turu Omod (mit weißem Hemd, kniend) mit ihrer Familie vor ihrem niedergebrannten Erntespeicher.